

Pressemitteilung vom 20.8.2017

Klaus Bartl: Regierungskoalition übernimmt Antrag der Linksfraktion, mehr BGH-Strafsenate nach Leipzig zu holen – gut für den Osten

1992, mithin vor 25 Jahren, beschlossen Bundestag und Bundesrat ein Gesetzespaket zur Neuverteilung der Bundesbehörden und -institutionen, um die deutsche Einheit institutionell zu verwirklichen. Für den Bundesgerichtshof wurde eine „Rutschklausel“ beschlossen: „Neue Zivilsenate gehen nach Karlsruhe und dafür kommt jeweils ein bestehender Strafsenat von Karlsruhe nach Leipzig“. Dennoch wurde im vergangenen Vierteljahrhundert kein einziger BGH-Strafsenat nach Leipzig verlegt. In Umgehung der „Rutschklausel“ wurden die Zivilsenate einfach fortwährend vergrößert und kein neuer gebildet.

Die Linksfraktion setzt sich per Antrag ([Drucksache 6/9903](#)) vom Juni 2017 dafür ein, das Versprechen endlich einzulösen. Die Koalitionsfraktionen haben jetzt eine nahezu gleichlautende Initiative vorgelegt ([Drucksache 6/10452](#)).

Klaus Bartl, Sprecher der Linksfraktion für Verfassungs- und Rechtspolitik, freut sich darüber und erklärt:

In ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag hat die Staatsregierung mitgeteilt, dass sie unser Anliegen teilt. Da unserem Vorstoß wegen der in Sachsen herrschenden politischen Unkultur dennoch das Schicksal beschieden sein wird, abgelehnt zu werden, ist es gut, dass wir die Koalition zu einem eigenen Vorstoß inspirieren konnten. Das zeigt: Opposition wirkt, auch wenn ich solche Fälle in den vergangenen 27 Jahren im Parlament nur selten erleben durfte.

[Gregor Gysi und Dietmar Bartsch haben unlängst erneut auf „mannigfaltige Erfahrungen der Zweitklassigkeit“ vieler Ostdeutscher hingewiesen](#) und darauf, dass die Aufmerksamkeit für den Osten mit jeder neuen Bundesregierung abgenommen hat. „Das Gefühl der Geringschätzung, des Abgehängtseins, des Nicht-Ernst-Genommen-Werdens lässt zu viele Menschen im Osten an ihrem Wert für unsere Gesellschaft und am Wert der demokratischen Gesellschaft für sie selbst zweifeln.“ Das liegt auch daran, dass Bundesbehörden höchst selten im Osten sitzen und Ostdeutsche in den Spitzenpositionen unserer Gesellschaft noch immer unterrepräsentiert sind. Deshalb ist es wichtig, dass dieser nur symbolisch anmutende, aber wichtige Schritt in Richtung Vereinigung nun zügig unternommen wird und BGH-Senate nach Leipzig rutschen.

Dafür spricht auch der Umstand, dass neue Kriminalitätsphänomene die hiesigen Behörden immer stärker fordern. Zuletzt hat der Fall Al-Bakr gezeigt, dass der Generalbundesanwalt dringend mehr Präsenz in der Fläche braucht.

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.linksfraktionsachsen.de
www.facebook.com/linksfraktionsachsen
www.twitter.com/LINKE_LTSachsen